

Trotz Zweifel an Ditib: Weiterhin bekenntnisorientierter Islamunterricht in Hessen

Die Kooperation mit Ditib (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) steht auf dem Prüfstand, doch mit Beginn des Schuljahres 2019/2020 wird nach wie vor bis zur 6. Klasse weiter bekenntnisorientierter Islam nach Prägung des in Kritik geratenen Moscheeverbands unterrichtet. Jetzt ist ein Pilotprojekt mit 144 Schülern angelaufen, ab der 7. Klasse einen Islamunterricht ohne Ditib-Einfluss an ausgewählten Schulen anzubieten.

„Gerade in den ersten Schuljahren sind Kinder besonders empfänglich für die Prägung durch bekenntnisorientierten Religionsunterricht“, sagt Rolf Kahnt, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag. „Ab der 7. Klasse einen Islamunterricht anzubieten, der rein informativen Charakter haben soll, ist viel zu spät. Besonders, wenn die Kinder aus einem fundamentalistischen muslimischen Elternhaus kommen, ist zu diesem Zeitpunkt die Prägung weitestgehend abgeschlossen.“ Man dürfe auch nicht vergessen, dass die Kinder zusätzlich in Koranschulen und Moscheen im Islam unterrichtet werden, so Kahnt weiter.

Der Moscheeverband Ditib richtet fast den gesamten bekenntnisorientierten Islam-Unterricht an Hessischen Schulen aus und steht unter Verdacht, zu sehr unter dem Einfluss der türkischen Regierung zu stehen.

„Den Islamunterricht an Hessischen Schulen besuchen bereits heute mehr als 3.100 Schüler, für deren Prägung wir eine Verantwortung haben“, sagt Heiko Scholz, schulpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag. „Solange der Islam keine weltweite Aufklärung durchlaufen hat, kann und darf man keinem bekenntnisorientierten Islamunterricht zustimmen. Es darf bei keinem Muslim ein Zweifel bestehen, dass die gewaltverherrlichenden Suren und angewandten Praktiken nur aus ihrer damaligen Zeit zu betrachten sind und heute keine Gültigkeit mehr besitzen. Insbesondere wenn die Scharia über das Grundgesetz gestellt wird, ist das nicht hinnehmbar.“

Ursprünglich sollte der Moscheeverband bis Ende vergangenen Jahres die Zweifel an ihm ausräumen. Obwohl das nicht gelang, wurde die Frist auf Ende 2019 verlängert. Ein AfD-Antrag, der die sofortige Beendigung der Kooperation mit Ditib forderte, wurde abgelehnt.

V. i. S. d. P.: Rolf Kahnt, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag, Heiko Scholz, schulpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag